



ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
NEW YORK OFFICE

Studien zur Demokratisierung der Vereinten Nationen aus linker Perspektive

Paul Stockdreher



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
NEW YORK OFFICE

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Juni 2023

Direktor: Andreas Günther

Herausgeber: Maria Savel

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

Email: info@rosalux-nyc.org

Telefon: +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux.nyc

Das progressive Erbe der Vereinten Nationen und seine Potentiale für linke Politik

Von Paul Stockdreher



Ein Blick auf die Flaggen und das Sekretariatsgebäude vom Seitengang vor dem UN-Hauptquartier aus, 10. März 2023
UN foto von Rick Bajornas.

Einleitung

Es kann zweifellos festgestellt werden, dass sich die Welt in einer sich verschärfenden und *multiplen Krisensituation* befindet (Brand 2009). Während in den reichen Industrienationen vor allem Männer immer mehr Vermögen anhäufen, leiden insbesondere in den Ländern des Globalen Südens mehrere Hundert Millionen Menschen an Hunger. Sie können aufgrund ihrer Armut grundlegende Bedürfnisse nicht erfüllen (Oxfam 2022: 16; Welthungerhilfe 2022). Der Klimawandel schreitet in enormem Tempo weiter voran und mit ihm seine negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur. Vor allem Bewohner*innen der Länder des Globalen Südens leiden zunehmend unter Erscheinungen, die die klimatischen Veränderungen mit sich bringen. Hitze, Dürre, Trinkwassernot und die Zerstörung der dortigen

natürlichen Lebensgrundlagen treten immer häufiger auf (IPBES 2019: 10ff.). Die ungleichen Verhältnisse auf der Welt nehmen immer größere Ausmaße an und werden ständig reproduziert. Die Organisation von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in den reichen Ländern ist in einer globalisierten Welt untrennbar mit sozialen und ökonomischen Verhältnissen in anderen Teilen der Welt verknüpft. Der Reichtum der Länder des Globalen Nordens wird nur möglich durch strukturelle Benachteiligung der Länder des Globalen Südens. Stephan Lessenich spricht in diesem Zusammenhang von Externalisierungsgesellschaften. Die Kosten, die die Lebensweise des Globalen Nordens produziert, werden in Länder des Globalen Südens ausgelagert (Lessenich 2016). Möglich wird dies durch *globale Machtverhältnisse*, die zulasten des Globalen Südens institutionell strukturiert sind. Die multiple Krise basiert folglich auf diesen globalen Machtverhältnissen. Doch diese ungerechten und zerstörerischen Strukturen sind veränderbar. Ulrich Brand schreibt in diesem Zusammenhang, dass «Krisen immer auf offene Situationen dar[stellen], in denen Selbstverständlichkeiten und politische, ökonomische, kulturelle und sozial-ökologische Herrschaftsverhältnisse infrage gestellt werden können» (Brand 2009: 10).

Um eine gerechtere Weltordnung herzustellen, ist es folglich wesentlich und angebracht, diese Machtverhältnisse herauszufordern und zu verändern. Die Vereinten Nationen (VN) haben seit ihrer Gründung im Jahre 1945 bestehende Machtstrukturen immer wieder herausgefordert. Etwa wurde der Dekolonisierungsprozess wesentlich innerhalb der VN vorangetrieben. Die Ausarbeitung und Formulierung von zentralen Menschenrechten passierte ebenfalls in den Foren der VN. Nach einer kurzen theoretischen Rahmung ordnet diese Studie bisherige progressive Politikansätze und deren Bedeutungen für den Globalen Süden und die VN historisch ein. Darauf aufbauend werden Ansatzpunkte und Potentiale für zukunftsfähige, nachhaltige und gerechte Politik durch die VN formuliert. Insbesondere in der heutigen weltpolitischen Situation, die von Unsicherheiten und Machtkämpfen geprägt ist, sind global agierende Organisationen wie die VN von enormer Wichtigkeit. Die Gestaltung der VN als zwischenstaatliche Organisation, die sich der Herstellung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung widmet, kann für bessere Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt sorgen. Im Anhang findet sich deshalb abschließend eine Einschätzung der VN-Sonderorganisationen bezüglich ihrer Progressivität. Über die Studie hinweg wird insbesondere die Perspektive der Länder des Globalen Südens in den Blick genommen, um deren Positionen und Vorgehensweisen zu verstehen. Die Studie bietet Impulse für einen breiten internationalen Diskurs für eine von Frieden und Gerechtigkeit geprägte zukünftige Welt.

Theoretisches Denkgerüst

In diesem Kapitel wird mithilfe von Bezugnahmen auf Begrifflichkeiten materialistischer Staatstheorie ein rahmengebendes Denkgerüst aufgebaut. Dieser kritische Rahmen trägt zu einem besseren Verständnis der folgenden Ausführungen bei und bildet einen Überbau für diese Studie. Der Anspruch dieses Kapitels ist es nicht, eine theoretische Diskussion zu führen, sondern vielmehr eine Herangehens- und Denkweise zur Herausforderung von Machtstrukturen auf politischer Ebene zu formulieren. Zunächst muss gesagt werden, dass sich materialistische Staatstheorie an sich auf die Form der Nationalstaaten bezieht. Allerdings sind Ausarbeitungen zu Erweiterungen materialistischer Theorien aufgrund der Zunahme internationaler Organisierung von Politik vorhanden und notwendig (Brand 2005: 53ff.). Die Zunahme internationaler Organisierung zeigt sich nahezu überall. Die VN als sehr große und etablierte zwischenstaatliche Organisation dient hier als Paradebeispiel. Die Denkstrukturen und Herangehensweisen materialistischer Staatstheorie sind insofern für diese Studie relevant, da sie Möglichkeiten der Überwindung «scheinbar unveränderliche[r] Verhältnisse» (Brand 2005: 25) sichtbar machen.

Staat wird dabei als «die Form, die ein Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis unter besonderen historischen Bedingungen annimmt» (Hirsch 2005: 19) bezeichnet. Der griechisch-französische Politikwissenschaftler Nicos Poulantzas begreift Staat weiterhin «als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat in immer spezifischer Form ausdrückt» (Poulantzas 2002: 159). Dabei ist für diese Studie relevant, dass gesellschaftliche Verhältnisse bestehende Machtstrukturen prägen und institutionelle Auswirkungen haben.

Eine zentrale Begrifflichkeit ist die des Machtblocks. Dieser setzt sich aus einem Konglomerat verschiedenster Akteur*innen zusammen, die die Kräfteverhältnisse so prägen, dass sie strukturell und fortwährend Macht über andere Klassen und Klassenfraktionen ausüben. Diese Verhältnisse sind nicht starr, sondern werden immer wieder reproduziert und verändert. Michael Jäger spricht von einem Machtblock als «Grad der Einheit, den die herrschenden Klassen und Klassenfraktionen einer Gesellschaftsformationen erlangen» (Jäger 2010: 247).

Warum sind diese Ausführungen wichtig für diese Studie? Sie zeigen, dass es sich um veränderbare Verhältnisse handelt. Sie zeigen auf, dass Machtstrukturen nicht in Stein gemeißelt sind, sondern herausgefordert werden können. Diese Herausforderung der globalen Machtstrukturen ist zentral für die Länder des Globalen Südens, um rasch gerechtere Verhältnisse

herzustellen. Veränderungen und Transformationsprozesse sind in diesem Zusammenhang etwa möglich durch einen Machtblock, der Angriffsflächen bietet. Diese entstehen beispielsweise durch verschiedene und gegenteilige Interessen innerhalb des Machtblocks. Durch verschiedene Interessen können Konflikte ausbrechen und damit die Bildung von Rissen in einem bestehenden Machtblock begünstigen. Diese Konflikte und Risse bieten Potentiale für bedeutende Verschiebungen gesellschaftlicher Verhältnisse. Für diese Studie bedeutet das, dass Machtstrukturen und mögliche interessendiverse Konglomerate innerhalb der VN Möglichkeiten für transformative und progressive Politiken offenbaren. Uneinigkeit innerhalb und zwischen bisher mächtigen Staaten schafft Räume für bisher weniger mächtige Staaten.

Das Kapitel zum theoretischen Denkgerüst dieser Studie schließt mit dem Begriff des Frageraums. Der Frageraum zeigt gesellschaftliche Einschreibungen und Strukturen an. Michael Jäger verwendet diesen Begriff in Bezug auf Fragen, die von Parteien in Staaten gestellt werden. Es komme dabei darauf an, welche Fragen in welchem Kontext gestellt werden. Antworten darauf können folglich auch nur innerhalb dieser Frageräume gegeben werden (Jäger 2010: 248ff.). Für diese Studie ist diese Denklogik relevant, da auch die VN innerhalb bestimmter Frageräume agieren. Für progressive Politik benötigt es in diesem Zusammenhang das Aufstellen alternativer Frageräume. In anderen Worten: Die Interessen und Bedürfnisse der Länder des Globalen Südens müssen zunächst einmal formuliert und verstanden werden. Das kann auch bedeuten, außerhalb kapitalistischer Wachstumslogiken zu denken und zu agieren. Die Reproduktion bestehender Machtstrukturen wird durch progressive Frageräume gestört und herausgefordert.

Diese komprimierten Ausführungen über veränderbare gesellschaftliche Verhältnisse, einen verletzlichen Machtblock und alternative Frageräume schaffen die begrifflichen Grundlagen für die folgenden Kapitel über Transformationspotentiale der VN.

Progressive Politiken

Ein Adjektiv, welches vielfach in gesellschaftlichen und politischen Kreisen verwendet wird und auch für diese Studie wesentlich ist, ist das Wort *progressiv*. Der Wortursprung findet sich im Lateinischen: *progressus* – der Fortschritt. Damit können je nach Interesse und historischen Gegebenheiten unterschiedliche Vorstellungen von Veränderungen gemeint sein. Was in einer Gesellschaft als Fortschritt betrachtet wird, hängt also von den Zielsetzungen und Mechanismen jener Gesellschaft ab. Im Zusammenhang dieser Studie verstehen wir progressive Politiken als jene, die qualitativ orientiert sind

und versuchen, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung herzustellen. Als fortschrittlich verstehen wir Politiken weiterhin, wenn sie mit den Werten der internationalen Solidarität und der Selbstbestimmung vereinbar sind. Die Herstellung und Reproduktion regelbasierter internationaler Ordnung sind in einer sich globalisierenden Welt ebenso wesentliche Eckpfeiler von Progressivität. Als übergreifende Definition kann formuliert werden, dass progressive Politik aus unserer Sicht die Herstellung gerechter Lebensbedingungen auf der ganzen Welt verfolgt.

Nicht nur die Umsetzung konkreter Politiken kann zu progressiven Entwicklungen führen, sondern auch zunächst das Einbringen und Diskutieren von fortschrittlichen Ideen. So können innerhalb neuer Frageräume neue progressive Normsetzungen entstehen, die im weiteren Verlauf zu mehr internationaler Gerechtigkeit führen können. Auch die Verbesserung der Lebenssituationen für Menschen spielt dabei eine zentrale Rolle, beispielsweise durch die Etablierung der verschiedenen Menschenrechte.

In den VN mit ihren 193 Mitgliedsstaaten (und damit 99,45 Prozent der Weltbevölkerung) wurden seit ihrer Gründung in vielerlei Hinsicht progressive Politiken und Normsetzungen vorangetrieben: beginnend bei der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948 über die Dekolonisierungsprozesse ab den 1950er Jahren bis hin zum Sozial- und Zivilpakt im Jahre 1966 sind wichtige progressive Vorgänge innerhalb der VN zu erkennen. Insbesondere die erfolgreiche Erkämpfung der Unabhängigkeit ehemals kolonisierter Länder ist in diesem Zusammenhang wesentlich. Die VN diente hier als zentrales Forum der Kritik an Kolonialmächten. Im Jahre 1960 wurde die Resolution 1514 (XV) durch die VN-Generalversammlung verabschiedet, welche Dekolonisierung quasi zu einer völkerrechtlichen Verpflichtung machte. Weiterhin beschloss die VN-Generalversammlung im Jahre 1974 die «Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung» (New International Economic Order – NIEO), die wesentliche Aspekte einer gerechten und solidarischen Weltgesellschaft enthält. Die sogenannten Kollektivrechte wie das Recht auf Frieden und das Recht auf saubere Umwelt sind weitere progressive Ansätze, die im Rahmen der VN durchgesetzt wurden.

Den VN kann folglich historisch gesehen eine tragende Rolle als Austragungsplattform für politische und wirtschaftliche Gestaltung der Zukunft zugeschrieben werden. Doch die VN war und ist nicht als eine Organisation zu sehen, in der sich alle Mitgliederstaaten immer und in allem einig waren bzw. sind. Vielmehr zeigt sich die VN als Aushandlungsplattform unterschiedlicher politischer Interessen: Die Ausarbeitung der Erklärung der Menschenrechte war beispielsweise von «ideological rivalries, practical disagreements, power

politics and numerous compromises» (Normand / Zaidi 2008: 140) geprägt. Das Einbringen und Durchsetzen der progressiven Politiken wurden insbesondere von den Ländern des Globalen Südens vorangetrieben (Jensen 2016: 2). Dass sich tatsächlich progressive Politiken und Normsetzungen durchsetzen, hängt von verschiedenen kontextuellen Faktoren ab.

Kontextbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg

In diesem Kapitel werden die verschiedenen historischen Voraussetzungen und Bedingungen beleuchtet, die zu der Etablierung progressiver Politiken und Normsetzungen innerhalb der VN seit ihrer Gründung beigetragen haben. Die jeweiligen Kontexte sind wichtig, um zu verstehen, warum gewisse Politiken möglich wurden.

Weltpolitische Konstellationen

Zentrale Kontextbedingungen für progressive Normansätze sind zunächst historische globale Konstellationen. Das Ende des zweiten Weltkriegs erscheint im Rückblick als günstiger Zeitpunkt für große politische Neugestaltungen. Die enormen Erschütterungen des zweiten Weltkriegs haben in vielerlei Hinsicht den dringenden Wunsch nach Veränderungen und Neuartigem hervorgerufen: «People expected and demanded change.» (Normand / Zaidi: 2008: 143). Des Weiteren kann der Ost-West-Konflikt als wesentlicher Rahmen für Ermöglichung oder Verunmöglichung gewisser Politiken gelesen werden. Für die Länder des Globalen Südens bot dieser sowohl Vor- als auch Nachteile. Die Entwicklungsländer konnten durchaus mit Unterstützung der Blockmächte USA oder Sowjetunion rechnen. Allerdings war diese Unterstützung stark abhängig von den jeweiligen historischen Interessen der USA oder Sowjetunion. Für die Blockmächte galt es, ihren Macht- und Einflussbereich zu vergrößern (Christian 2020).

Einerseits Kontext und andererseits progressiver Prozess ist die Dekolonisierung, die nach dem zweiten Weltkrieg von den kolonisierten Ländern stark vorangetrieben wurde. Selbstbestimmung und die Etablierung progressiver Ansätze bedeuteten für die machtvollen Länder zunächst Gefahr. Es wurde auf äußerst gewaltvolle Art und Weise versucht, die Dekolonisierungsprozesse aufzuhalten (Klose 2009: 63ff.). Die letztlich erfolgreiche Dekolonisierung im weiteren Verlauf kann als progressiver Prozess gesehen werden. Der Machtblock kolonialer Länder erfuhr durch den zweiten Weltkrieg und auch die Gründung der VN zahlreiche Risse. Der zweite Weltkrieg bedeutet in

diesem Zusammenhang die Sichtbarkeit von Verletzlichkeit bestehender Mächte (Pabst 2015).

Machtblock-interne Widersprüche und Auseinandersetzungen

Verletzlich werden bestehende Machtstrukturen weiterhin, wenn interne Widersprüche offenbar werden. Dies kann innerhalb von staatlichen Strukturen, aber auch zwischen verschiedenen machtvollen Ländern passieren. Beispielsweise gab es erhebliche Differenzen zwischen Großbritannien und den USA bezüglich der regionalen Gültigkeit verbindlicher Menschenrechtspakte. Die USA forderten, dass in föderalen Staaten die Entscheidung über die tatsächliche Umsetzung der Menschenrechte von den Bundesländern getroffen werden können. Großbritannien lehnte dies ab. In diesem Kontext ist auch ein innerstaatlicher Konflikt in Großbritannien relevant. Während das Außenministerium im Kontext des weltpolitischen Gefüges darauf bedacht war, «möglichst effektive Verträge aus[zuhandeln, um diese gegen die Sowjetunion einsetzen zu können» (Ridder 2015: 3), ging es für das Kolonialministerium darum, die aufstrebenden Kolonien unter Kontrolle zu halten. Deshalb wollte das Kolonialministerium verhindern, dass kolonisierte Gebiete auch Menschenrechte umsetzen. Insofern sorgten die unterschiedlichen Interessen von USA und den verschiedenen Ministerien Großbritanniens für Konfliktlinien. Entsprechende gegensätzliche Interessen zwischen und innerhalb von Staaten boten Erfolgsmöglichkeiten für kolonisierte und benachteiligte Staaten (Normand / Zaidi 2008: 224ff.; Ridder 2015: 2f.).

Gemeinschafts- und Mehrheitsbildungen

Die Historie zeigt, dass es Gemeinschafts- und Mehrheitsbildungen bedarf, um bestehende Machtstrukturen erfolgreich herauszufordern. Die Länder des Globalen Südens haben dies in vielfacher Hinsicht umgesetzt, um progressive Politikansätze voranzubringen. Die im Jahre 1955 abgehaltene Afrikanisch-Asiatische Konferenz in Bandung kann als Ausgangspunkt für die folgenden Kooperationen zwischen den Ländern des Globalen Südens bezeichnet werden (Fiebrig 2020: 138ff.). Auch die Belgrader Konferenz im Jahre 1961 trug zu weiteren Süd-Süd-Allianzen bei. Sie gilt als Startpunkt für die Bewegung der sogenannten Blockfreien Staaten. Im Kontext des Ost-West-Konflikts formierten sich hier Staaten, die außerhalb der großen Blöcke ihre Interessen kooperativ durchzusetzen versuchten (Dinkel 2015: 5). Eine weitere sehr wichtige Gemeinschaft ist die Gruppe der 77 (G77), die innerhalb der VN einen Zusammenschluss von Ländern des Globalen Südens darstellt. Die VN galten für die meisten Länder des Globalen Südens als wichtige Organisation, da sie «als Forum einer globalen Gerechtigkeit» (Fiebrig 2020:

140) dienen sollten.

Trotz bestehender politischer und ökonomischer Unterschiede ermöglichten diese Bündnisbildungen, gemeinsame Forderungen koordiniert und mit politischem Gewicht vorzubringen. Durch diese gemeinsame Interessensartikulation wurden Themen, die die Interessen und Bedürfnisse bislang benachteiligter Staaten betrafen, in der Weltöffentlichkeit diskutiert (Dinkel 2015: 225f.; Fiebrig 2020: 154f.; Plath 2018: 1f.). Beispielsweise wurden «die von den westlichen Industrienationen [...] geschaffenen Institutionen und [...] Regeln der Weltwirtschaft» (Dinkel 2015: 124) kritisiert. Weiterhin konnten diese Bündnisse institutionelle Veränderungen wie beispielsweise Reformen innerhalb der VN vorantreiben: Ehemals kolonisierte Staaten gewannen an Einfluss in den VN und konnten ihre Themen in bestehenden und neu gegründeten Gremien setzen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, dass diese Themen und Konflikte innerhalb der VN ausgetragen werden konnten. Durch die große Anzahl der Staaten, die sich in den Gemeinschaften der Länder des Globalen Südens organisierten, konnten etwa in der VN-Generalversammlung leicht Abstimmungsmehrheiten hergestellt werden. Demokratisch organisierte Strukturen ergeben Vorteile, etwa Teilhabemöglichkeiten auch für finanziell schwache Staaten (Dinkel 2015: 124ff., 225f.). Neben einer koordinierten und kompromissorientierten Vorgehensweise von Staaten waren auch nichtstaatliche Akteure wie NGOs, Expert*innen und andere zivilgesellschaftliche Akteure wesentlich für das Voranbringen progressiver Normsetzungen. Sie konnten durch beharrliches Auftreten, öffentliche Bewusstseinsbildung und nicht zuletzt das Platzieren von Personen in wichtigen Positionen und Organisationen innerhalb der VN einen wichtigen Beitrag leisten (Normand / Zaidi 2008: 144, 243ff.; Fiebrig 2020: 135ff.)

Ereignisse

Das Potential, bestehende Machtverhältnisse herauszufordern, wird in sogenannten Krisensituationen und außergewöhnlichen Ereignissen besonders deutlich. Ein Beispiel dafür ist der Ölpreisschock im Jahre 1973. Weltpolitische Vorgänge und das gemeinschaftliche Vorgehen der OPEC-Länder sorgten für ein rasches und massives Ansteigen der Ölpreise. Es zeigte erstmals die institutionellen Rohstoffabhängigkeiten der reichen Industrieländer von einigen Ländern des Globalen Südens auf. Das System, das auf Wachstum durch das Verbrennen fossiler Treibstoffe beruht, offenbarte seine Schwächen für die Industriestaaten. Gleichzeitig zeigte dies die Macht derjenigen Länder, die reich an Rohstoffvorkommen sind.

Die Sichtbarmachung dieser Abhängigkeitsverhältnisse ermöglichte das

Vorantreiben progressiver Normsetzungen etwa in Form der NIEO (Dietrich 2017: 263ff.). Diese Vorkommnisse führten im weiteren Verlauf auch in den VN zu Diskussionen. Im Frühjahr 1974 wurde etwa die Sechste Sondersitzung der Generalversammlung zum Thema Rohstoffe und Entwicklung abgehalten. Dabei konnten verschiedene Interessen der rohstoffreichen Länder artikuliert werden. Allerdings sorgte Uneinigkeit innerhalb der G77 für Problemen und bot etwa den USA Möglichkeiten, ihre eigenen Interessen durchzusetzen (Fiebrig 2020: 166ff.). Auch in diesem Zusammenhang wird also wieder deutlich, wie wichtig Geschlossenheit und funktionierende Bündnisse auf internationaler Ebene für das Erreichen von Zielen sind.

Zwischenfazit 1: Die Analyse der Kontextbedingungen nach dem zweiten Weltkrieg verdeutlicht, dass Machtverhältnisse veränderbar sind. Für Länder des Globalen Südens hat es sich als zentral erwiesen, weltpolitische Entwicklungen und Konstellationen zu analysieren und darauf aufbauend Kooperationen zu schließen. So können Risse und Widersprüche innerhalb des Machtblocks erkannt und taktisch ausgenutzt werden, um progressive Politiken und Ideen voranzubringen.

Wirkung progressiver Prozesse

Die progressiven Prozesse, die in den VN vorangetrieben wurden, hatten und haben unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen. In diesem Kapitel werden diese Wirkungen nachgezeichnet.

Neue Normsetzungen

Eine nicht zu unterschätzende Auswirkung progressiver Prozesse besteht in der Etablierung neuer Normen innerhalb der VN. Das Entstehen von Menschenrechten, die Dekolonisierungsprozesse oder die VN-Frauendekade sind etwa Beispiele für Themen und Prozesse, die neu gesetzt wurden. Sie zeigen neue Rahmenbedingungen an, in denen alle Menschen und Geschlechter die gleichen Rechte haben. Auch die Rechtmäßigkeit kolonialer Strukturen ist nicht mehr vorhanden. Menschenrechte prägen den Denk- und Gestaltungsrahmen von Individuen, Organisationen und Staaten. In Bezug auf den VN-Zivilpakt und seine Wirkungen auf staatliche Normen stellt das ehemalige Mitglied des VN-Menschenrechtsausschusses Christian Tomuschat fest: «When today anywhere in the world a national constitution is framed, the [VN-Zivilpakt] serves as the natural yardstick for the drafting of a section on fundamental rights.» (Tomuschat 2008: 3). Die Menschenrechte haben sich zu international gültigen und umsetzbaren Rechtsnormen entwickelt. Allerdings werden Normen nicht nur durch Abkommen, die von sehr vielen

Staaten ratifiziert wurden, verändert. Allein das Hervorbringen neuer Ideen, Interessen und Kooperationen führt zu einer neuen Realität, in der sich alle Akteure neu organisieren müssen (Rehling 2020: 404).

Damit einher gehen auch Paradigmenwechsel im Bereich der internationalen Beziehungen. So erfuhr etwa der Begriff Entwicklung und das Recht auf Entwicklung einen enormen Bedeutungsgewinn im Zuge progressiver Prozesse. Entwicklung als Fortschritt für insbesondere Länder des Globalen Südens wurde in den Institutionen der VN ein Hauptthema (Normand / Zaidi 2008: 246; Plath 2018: 3f.). Auch die Themen und Inhalte, die in der NIEO formuliert wurden, waren und sind entscheidende Impulsgeber für «Diskurse [...] der internationalen Beziehungen» (ebd.: 14) und in den VN. Praxisrelevant und sichtbar werden diese Impulse etwa «in Konzepten wie «Fair Trade» und globalisierungskritischen Denkansätzen» (Fiebrig 2020: 168). In Bezug auf die theoretischen Ausführungen zu Beginn der Studie wird deutlich, dass die progressiven Politikansätze und Normsetzungen neue und alternative Frageräume schaffen. Die Etablierung solcher Frageräume ermöglicht Handeln, welches bestehende und ungerechte Machtstrukturen herausfordert.

Institutionelle Veränderungen

Des Weiteren führten die progressiven Prozesse zu wesentlichen institutionellen Veränderungen innerhalb der VN. Zunächst etablierten sich die VN als tatsächliche Austragungsplattform weltpolitischer Diskussionen. Aus Sicht der Länder des Globalen Südens wuchs die Erwartungshaltung der VN als globale Gerechtigkeitsplattform (ebd.: 145). Insbesondere die VN-Generalversammlung kristallisierte sich als ein Ort heraus, an dem die Länder des Globalen Südens ihre Interessen und Forderungen einbringen konnten. Dadurch, dass ehemals kolonisierte Staaten nach und nach in die VN eintraten, hatten sie bald eine Stimmenmehrheit und konnten durch einfache Mehrheiten wichtige Resolutionen verabschieden (ebd.: 161ff.).

Als zentrales Forum für Debatten über gerechte, postkoloniale und progressive Weltwirtschaftsordnungen kann die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) bezeichnet werden. Sie wurde mit Unterstützung sozialistischer Länder und gegen den Widerstand einiger westlicher Industriestaaten im Jahre 1964 als Organ der VN gegründet. Im Zuge der Konferenz gründete sich die Gruppe der 77 (Dinkel 2015: 126ff.).

Die politische Agenda der UNCTAD wurde und wird wesentlich durch die Länder des Globalen Südens geprägt und schafft weiterhin Möglichkeiten, für Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, sich Gehör zu verschaffen (Fiebrig

2020). Deutlich wird dies etwa in der umkämpften Besetzung des UNCTAD-Generalsekretärs. Gegen Widerstände westlicher Regierungen setzte sich Raúl Prebisch durch. Dieser formulierte an dieser strategisch wichtigen Position die strukturellen Ungerechtigkeiten des damaligen Welthandelssystem und gab somit den Ländern des Globalen Südens eine Stimme (Krepp 2020). Die UNCTAD veränderte die organisatorische Struktur der VN und stellt eine «Gegenorganisation zur westlich dominierten Weltbank und dem Internationalen Währungsfond (IWF)» (Dinkel 2015: 127).

Eine weitere Institution, in der progressive Ansätze diskutiert sowie vorangebracht wurden und werden, ist die 1966 gegründete Organisation der VN für industrielle Entwicklung (UNIDO). Im Rahmen der UNIDO wurden etwa großflächige Forschungsarbeiten zur Umsetzung progressiver (Handels)-politiken durchgeführt (Christian 2020: 179ff.). Die UNIDO wurde 1986 zu einer vollwertigen VN-Sonderorganisation. Sonderorganisationen im Allgemeinen spielen eine wichtige Rolle für die Umsetzung progressiver Politiken. Auch die UNESCO leistete wertvolle Arbeit bei der Etablierung von internationalen Kommunikationsnetzen, die einen Beitrag zur Integration von Ländern des Globalen Südens darstellen. Nach jahrelangen Kontroversen zwischen Nord und Süd bezüglich einer globalen Informationsinfrastruktur stärkte die UNESCO die Interessen des Globalen Südens (Homberg 2020).¹ UNCTAD, UNIDO und UNESCO waren also äußerst wichtige Plattformen für die Ausarbeitungen rund um neue Weltwirtschaftsordnungen, in denen die Perspektiven der Länder des Globalen Südens berücksichtigt werden konnten. Die Generalversammlung diente hier wiederum als zuarbeitende Institution, indem sie den Organisationen anhand von Resolutionen entsprechende Aufträge erteilte (Christian 2020).

Ein letzter, aber deshalb nicht unwesentlicher Aspekt für Voraussetzungen und Wirkungen progressiver Prozesse ist ein personeller. Es hat sich als sehr wichtig herausgestellt, dass «zentrale [...] Umschlagpunkte [...] der Wissenszirkulation» (Homberg 2020: 277) mit Menschen aus dem Globalen Süden besetzt werden müssen. Das bedeutet, dass sich Unternehmen, Wissenschaftler*innen, Politiker*innen oder Journalisten aus den Ländern des Globalen Südens aktiv in jeglichen Organisationen und Institutionen einbringen. Nur so können neue Frageräume sowie Veränderungen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen zugunsten Benachteiligter herbeigeführt werden.

Nun mag man sich die Frage stellen, warum trotz dieser progressiven Veränderungen eine multiple Krisensituation mit enormen globalen

¹ Im Anhang findet sich eine Übersicht derjenigen VN-Sonderorganisationen, die als progressiv einzuschätzen sind.

Ungerechtigkeiten entstehen konnte. Zunächst hatten UNIDO und UNCTAD aufgrund der Priorisierung der Souveränität der VN-Mitgliedsstaaten keine ausreichenden Befugnisse, um eine neue Weltwirtschaftsordnung tatsächlich umzusetzen (Fiebrig 2020: 179ff.). Entscheidender waren und sind allerdings zwei andere Aspekte. Zum einen sorgte die Neoliberalisierung seit den 1980er-Jahren für massive Machtverschiebungen zugunsten des Globalen Nordens. Marktlogiken und multinationale Unternehmen erhielten Vorrang vor weltpolitischen Maßnahmen. Viele Länder des Globalen Südens gerieten in finanzielle Schwierigkeiten. Die Politik des Washington-Konsens, vorangetrieben von IWF und Weltbank, führte zu weiteren Problemen. Zum anderen waren die westlichen Industrieländer nicht daran interessiert, Verhandlungen und Diskussionen in tendenziell progressiven Institutionen wie UNCTAD oder UNIDO zu führen. Vielmehr verlagerten sie sie in die immer mächtiger werdenden Institutionen wie IWF und Weltbank oder gleich in die G7, zu denen die Länder des Globalen Südens keinen Zugang hatten (Christian 2020 191ff.; Sackel 2020: 406f.). Trotz Zugewinnen blieb also die Macht der ärmeren Staaten begrenzt. Der Machtblock schaffte es, seine Macht geschickt zu erhalten und auszubauen.

Zwischenfazit 2: In diesem Kapitel ist deutlich geworden, dass die Forderungen der Länder des Globalen Südens in vielfacher Hinsicht nachhaltige Veränderungen innerhalb der VN und im Bereich internationaler Beziehungen vorangetrieben haben. Sie argumentierten gegen einen breiten und starken Machtblock, der sich widerständig gegen berechnete Interessen zeigte. Die jahrzehntelangen VN-internen Machtkämpfe, die bis heute fortbestehen, zeigen die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Weltregionen auf. Neue Normsetzungen prägen bis heute Diskurse, unser gesellschaftliches Zusammenleben und nicht zuletzt die VN. In den VN wurden demokratisch organisierte Institutionen geschaffen, die aufgrund ihrer Ausrichtung und Zusammensetzung Chancen für Länder des Globalen Südens geboten haben und auch in Zukunft bieten.

Ansatzpunkte für eine aktuelle VN-Reformagenda

Die progressiven Politikansätze seit dem Zweiten Weltkrieg bieten Anlass zur Hoffnung, dass die VN auch in Zukunft einen Beitrag zu einer größeren demokratischen und sozialen Teilhabe von Ländern des Globalen Südens leisten können. Nach der bisher retrospektiven Analyse folgt nun darauf aufbauend eine Diskussion über mögliche Anknüpfungspunkte für zukünftige Demokratisierungsprozesse der VN. Die multiple Krise und der rasch voranschreitende Klimawandel stärkt heute weiter die Relevanz globaler Problemlösungen. Christian (2020) sieht diesbezüglich Parallelen zwischen

heute und den Fragen, die in den 1970er Jahren zum Voranbringen der NIEO geführt haben. Dadurch, dass der Klimawandel die ganze Welt betrifft, gilt es, globale und verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Perspektivenwechsel

Zunächst ist es zentral, die Perspektive aus Sicht der Länder des Globalen Südens einzunehmen. Diese verfügen insbesondere in der multiplen Krisensituation über verschiedene Machtmittel. Beispielsweise kann die Klimakrise enorme Migrationsströme auslösen, die wiederum für die Industrieländer ein vielschichtiges Problem darstellen können. Etwa sind die Länder des Globalen Nordens abhängig von verschiedenen Rohstoffen und kritischen Ressourcen, die in den Ländern des Globalen Südens vorhanden sind. Diese Abhängigkeitsstrukturen können Möglichkeiten für Länder des Globalen Südens schaffen. Dies zeigt etwa der erwähnte Ölpreisschock (Fiebrig 2020: 161f.).

Wie schon erwähnt, waren die Länder des Globalen Südens tendenziell erfolgreicher, wenn sie gemeinschaftlich vorgingen. Beispielsweise ging von den Industrieministern Afrikas im Jahre 1973 die Idee der Verbindung von UNIDO und einer international gerechten Arbeitsteilung aus. Dies führte im weiteren Verlauf zu entsprechenden Verantwortlichkeiten für die UNIDO (Christian 2020: 178f.). Uneinigkeiten zwischen benachteiligten Staaten sorgten hingegen immer wieder für eine Schwächung aller benachteiligter Staaten hinsichtlich der globalen Machtverhältnisse (Fiebrig 2020). Im Zusammenhang dieser Studie bedeutet das, dass die Formulierung gemeinsamer Ziele des Globalen Südens Grundvoraussetzung ist, um globale Machtverhältnisse zu verändern. Das bedeutet auch, mögliche interne Differenzen für ein größeres Ziel hintenanzustellen. In Bezug auf mögliche VN-Reformen impliziert dies, dass die Herausforderung bestehender Machtstrukturen an erster Stelle stehen sollte. Gemeinschaftliches und solidarisches Vorgehen anstelle von ganzheitlicher Durchsetzung nationaler Interessen führt zu progressiven Ansätzen, wie etwa die NIEO zeigt.

Aus Sicht der Länder des Globalen Südens sollte zukünftiges Handeln nicht nur in Kritik an bestehenden Verhältnissen bestehen, sondern vielmehr in der Ausarbeitung von weiteren progressiven Ansätzen. Wenn keine alternativen Fragen gestellt werden, können auch keine alternativen Antworten gegeben werden. Wesentliche Ansatzpunkte liefert in diesem Blickwinkel insbesondere die Betrachtung des Rechts auf Entwicklung. Protagonist war der senegalesische Jurist Kéba M'Baye, der unter anderem in der VN-Menschenrechtskommission und einigen NGOs aktiv war. Er brachte in den 1970er Jahren die Idee des Menschenrechts auf Entwicklung ein und stellte Zusammenhänge zwischen individuellen und kollektiven Rechten her:

Individuen könnten sich nur in jeweiligen systemischen Zusammenhängen bewegen. Die Benachteiligung der Länder des Globalen Südens stehe in direktem kausalem Zusammenhang mit den von Industrieländern geschaffenen Weltstrukturen. Entwicklung sei also nicht nur die Aufgabe von Menschen aus dem Globalen Süden, sondern sei vielmehr als «Angelegenheit der gesamten Menschheit» (Plath 2018: 8) zu betrachten. Diese Sichtweise gilt es bei der Ausarbeitung von heutigen Reformen zu berücksichtigen: Die Herstellung globaler Gerechtigkeit erfordert das Mitwirken der gesamten Welt. M'Baye definiert Entwicklung weiterhin als umfassenden Begriff, der nicht nur Wirtschaftswachstum beinhaltet. Diese Lehre aus der VN-Entwicklungsdekade, in der Wirtschaftswachstum die prioritäre Zielsetzung war, ist aktueller denn je. Die planetaren Grenzen erfordern globales politisches Handeln, welches das jahrzehntelang vorherrschende Wachstumsparadigma hinter sich lässt.

Neue Zielsetzungen

Die NIEO sowie historische progressive Politiken und Diskussionen bieten viele inhaltliche Anknüpfungspunkte für mögliche aktuelle Zielsetzungen. Global und in den VN sollten Werte wie internationale Verantwortung und Solidarität größere Wichtigkeit erlangen. Beispielsweise könnte die Aktualität und Notwendigkeit kollektiver Rechte betont werden. Sie erfordern das solidarische Handeln der Weltgemeinschaft (Normand & Zaidi 2008: 300 & Plath 2018: 6). Auch kreative Lösungen als Reaktion auf Klimakrise und das massive Leiden in den Ländern des Globalen Südens können eine Rolle spielen. Beispielsweise sind in Ecuador die Rechte der Natur in der Verfassung festgeschrieben und einklagbar. Grundlegend müssen Diskussionen darüber stattfinden, inwiefern ein gutes Leben für alle im Einklang mit der Natur erreicht werden kann. Wie erwähnt, ist dabei insbesondere die Frage nach der Rolle von Wirtschaftswachstum als Leitprinzip zu stellen.

Wesentlich erscheint eine Verschiebung der Verantwortlichkeiten weg von privaten und multinationalen Unternehmen hin zu Staaten. Das würde auch den VN-Mitgliedsstaaten in den jeweiligen demokratischen Gremien innerhalb der VN wieder mehr Macht geben. Wie die Entwicklung seit den 1980er Jahren gezeigt hat, bedeutet Neoliberalisierung und Privatisierung Schwächung von demokratisch legitimer internationaler Zusammenarbeit. Neoliberalisierung und Privatisierung bedeutet folglich auch eine Schwächung der VN (Christian 2020: 191ff.). Die eingangs dargestellte multiple Krisensituation erfordert allerdings demokratische und internationale Prozesse. Insofern müssten in den VN Prozesse angestoßen werden, die Macht und Einfluss demokratisch legitimer Akteure stärkt.

Institutionelle Veränderungen

Grundlegend gilt es für die VN, auf die sich rasch verändernden Entwicklungen zu reagieren. Die Abnahme der Wichtigkeit von Nationalstaaten erfordert, dass die VN dies in notwendigen Reformen berücksichtigt. Das bedeutet, dass auch nichtstaatliche Akteure einen institutionalisierten Zugang zu VN-Institutionen bekommen sollten: Horn (2007: 17) spricht von «internationalen zwischenstaatlichen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und der Organisationen der Privatwirtschaft», die stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssten. Allerdings ist das Einbeziehen von Unternehmen auch mit möglichen Nachteilen verbunden, da Profitinteressen progressiven Politikansätzen im Wege stehen könnten. Zentral ist dabei zu bedenken, dass Zugänge nicht an finanzielle Hintergründe geknüpft sind. Das bedeutet, dass finanzkräftige Organisationen keine bevorzugte Behandlung erhalten sollten. Vielmehr sollte eine möglichst große Bandbreite von Akteuren, die gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben prägen, gehört werden. Wenn der Faktor Finanzkraft als wenig wichtig eingestuft wird, ergeben sich auch Chancen für eventuell finanzschwache Akteure aus dem Globalen Süden, ihre Stimme auf internationalem Parkett zu erheben. Insgesamt müssen demokratisch organisierte Institutionen innerhalb der VN gestärkt werden. Der Grad der Demokratisierung kann etwa an den Themenbereichen Finanzierung, Entscheidungsprozesse und Teilhabemöglichkeiten gemessen werden. Eine transparente Organisationsstruktur ist in diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen.

Die Ideen der NIEO fanden zwar durch neue Normsetzungen und institutionelle Veränderungen ihren Weg in die Welt, sind aber kaum verrechtlicht. Insofern benötigt es Instrumente und einen Aufbau der VN, die es ermöglichen, rechtliche Bindungen für progressive Normen und Politiken herzustellen. Beispielsweise beinhaltet dies auch die Aufwertung der demokratisch organisierten VN-Generalversammlung. Als einziges Organ, in dem alle Mitgliedsstaaten mitwirken können, ist die Bedeutung auch für diplomatische Aktivitäten ärmerer Staaten nicht zu unterschätzen. Auch ein größeres Einbeziehen der oben genannten zivilgesellschaftlichen Akteure in die Generalversammlung kann Teil einer Reformagenda der VN sein (Plath 2018: 2; Volger 2007: 567ff.).

Durch den stark gestiegenen Komplexitätsgrad internationaler Beziehungen sind Kooperationsbildungen ebenso schwieriger geworden. Doch wie die VN-internen Machtkämpfe gezeigt haben, ist Kompromissbildung und kollektives Auftreten insbesondere für Länder des Globalen Südens von hoher Wichtigkeit. Insofern gilt es, auch in den Gremien der VN zusammen Ziele zu setzen und diese zu verfolgen.

Eine weitere Möglichkeit, progressive Politiken in den VN voranzubringen, besteht in der gezielten und breit gefächerten Zusammenarbeit mit allen Organen und Organisationen der VN. Progressive Kräfte sollten ihren Einfluss in diesen Institutionen vergrößern, um dort aktiv progressive Forschung, Politik und Handeln voranzutreiben. Jegliche Art von Aktivitäten ist diesem Zusammenhang möglich. Beispielsweise ist der Flagship Report 2022 des Forschungsinstituts der VN für soziale Entwicklung ein solcher Baustein. In diesem wird die globale und multiple Krisensituation anerkannt und deshalb ein neuer sozial-ökologischer Gesellschaftsvertrag thematisiert (UNRISD 2022). Die Interessen und Bedürfnisse der Länder des Globalen Südens müssen in allen VN-Kanälen auf die Tagesordnung gebracht werden. Die progressiven Ansätze der Historie zeigen, dass eine größere Teilhabe dieser Staaten linke Reformagenden vorantreiben kann.

Die Entstehung von Institutionen wie UNCTAD oder UNIDO zeigt weiterhin, dass die VN eine sich ständig verändernde Organisation ist. Eine linke Reformagenda der VN müsste deshalb auch Ausarbeitungen neuer Gremien in den Blick nehmen, die sich mit Themen auseinandersetzen, die für den Globalen Süden relevant sind. Die Etablierung neuer Institutionen, in denen Länder des Globalen Südens ihre Interessen diskutieren und formulieren können, erscheint wesentlich. Sie könnten sich auch als Herausforderung für informelle Zusammenschlüsse des Westens wie etwa die G7 darstellen.

Fazit und Ausblick

Die vorliegende Studie zeigt, dass die VN als Austragungsplattform für politische Interessen seit dem zweiten Weltkrieg eine große Rolle gespielt haben und weiterhin spielen werden. Progressive Ideen und Ansätze aus dem Globalen Süden haben Norm- und Standardsetzungen innerhalb der VN entscheidend mitgeprägt. Die Etablierung einer NIEO prägte Normen, Ziele und Zusammensetzung der VN. Möglich wurden progressive Politiken, indem der Globale Süden geopolitische Differenzen mächtiger Akteure gemeinsam zu nutzen wusste. Um die Rolle der Länder des Globalen Südens heute in den VN zu stärken, ergeben sich aus der Historie einige Anknüpfungspunkte. Widersprüche und Risse innerhalb bestehender Machtblöcke müssen identifiziert und ausgenutzt werden. Die Interessen und Bedürfnisse des Globalen Südens müssen aktiv und in allen Gremien der VN vorgebracht werden können. Die Stärkung bislang progressiver Institutionen ist genauso notwendig wie neue Bündnisse und Organisationen, in denen der Globale Süden seine Stimmen diskutieren und hervorbringen kann. Die VN sollten versuchen, ihre Macht in der globalen Weltpolitik nicht den multinationalen

Unternehmen oder informellen Gruppen wie den G7 zu überlassen. Es sind Reformen angebracht, die etwa die VN-Generalversammlung für andere Akteure öffnen und stärken. Diese Prozesse werden konfliktbehaftet sein, doch die globalen Problemlagen erfordern dringend gemeinsames und demokratisches Handeln auf internationaler Ebene. Der schreckliche russische Angriffskrieg auf die Ukraine sorgt derzeit für sich ständig verändernde internationale Beziehungen. Bisher bestehende globale Macht- und Ordnungsstrukturen werden durch den Kriegskontext zerrüttet. Neue Machtkonstellationen könnten Chancen für die Länder des Globalen Südens und damit für einen stärkeren und demokratischeren Multilateralismus darstellen.

Zusammenfassung Hauptthesen

Die vorliegende Studie befasst sich mit dem progressiven Erbe der VN und seinen Potentialen für linke Politik. Die Analysen basieren auf der regelgeleiteten Auswertung bestehender Forschung und Literatur zu dieser Thematik.

Die rasch voranschreitende multiple Krise zeigt Problematiken mit systemischen und internationalen Zusammenhängen auf. Klimawandel, soziale Ungleichheit und Hunger hängen über Staatengrenzen hinweg zusammen. Der Globale Süden leidet insbesondere unter diesen negativen Auswirkungen der Lebensweise des Globalen Nordens. Die Problemlagen können nur durch globale Kooperation erfolgreich bekämpft werden. Die Studie argumentiert, dass bestehende Machtverhältnisse verändert werden können und insbesondere Krisensituationen Möglichkeiten dafür bieten. Mithilfe der Begriffe Machtblock und Frageraum, die sich in die Tradition materialistischer Staatstheorie einordnen, wird ein Denkgerüst eröffnet, welches die Herausforderung bestehender Machtstrukturen ermöglicht. Innerhalb der VN wurden seit dem zweiten Weltkrieg immer wieder erfolgreich progressive Politiken und Normsetzungen vorangetrieben: Dekolonisierung, Menschenrechte, NIEO oder kollektive Rechte sind beispielhaft zu nennen. Diese Errungenschaften prägen bis heute Diskurse, unser gesellschaftliches Zusammenleben und nicht zuletzt die VN. Insbesondere Vertreter*innen aus dem Globalen Süden sind als Protagonist*innen und forcierende Kräfte für progressive Ansätze hervorzuheben. Sie argumentierten gegen einen breiten und starken Machtblock, der sich widerständig gegen berechnete Interessen zeigte.

Entscheidende historische Faktoren für progressive Ansätze in VN sind:

- Gemeinschafts- und Bündnisbildungen des Globalen Südens;

Süd-Süd-Kooperationen

- Neue Frageräume, die Themen und Bedürfnisse des Globalen Südens behandeln
- Möglichkeit, diese Forderungen in demokratischen Strukturen einzubringen wie etwa in der VN-Generalversammlung)
- Gründung und Mithilfe progressiver Institutionen wie UNCTAD, UNIDO, UNESCO
 - Breite Partizipationsmöglichkeiten für Globalen Süden
- Einbeziehen nichtstaatlicher Akteur*innen, die wichtige Positionen und «zentrale [...] Umschlagspunkte [...] der Wissenszirkulation» (Homberg 2020: 277) einnehmen

Diese Prozesse und Vorgehensweisen bieten vielerlei Ansatzpunkte für heutige linke Politiken im Rahmen der VN:

- Umbau der Macht- und Herrschaftsverhältnisse zulasten von privaten und multinationalen Unternehmen und zugunsten von VN
- Abbau von Neoliberalisierung und Privatisierung schafft Gestaltungsmöglichkeiten für progressive Politiken innerhalb VN
- Aufwertung der VN-Generalversammlung
- Öffnung VN-Institutionen für zivilgesellschaftliche Akteur*innen
 - Niederschwellige und finanzunabhängige Partizipationsmöglichkeiten für Globalen Süden
- Stärkung bestehender demokratischer Institutionen der VN
- Gründung neuer progressiver Foren und Kooperationen
- Größere Zusammenarbeit aller Organe und Foren der VN
- Faire Zusammensetzung und Besetzung der Positionen in VN-Institutionen
- Ausbau von Transparenz der VN
- Ausbau rechtlich bindender Verträge in den VN

Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist es notwendig, einen Perspektivenwechsel hin zu den Interessen und Bedürfnissen des Globalen Südens voranzutreiben. Sie besitzen verschiedene Druckmittel. Wie der Ölpreisschock Anfang der 1970er-Jahre und auch aktuelle Energiepreisentwicklungen zeigen, können Rohstoffvorkommen als Mittel benutzt werden, um Machtstrukturen zu verändern. Es gilt, solche Druckmittel geschickt an die Verhandlungstische in den VN einzubringen. Weiterhin ist der Ausbau von Süd-Süd-Kooperationen notwendig, um Gemeinschaften und Bündnisse zu bilden und aufleben zu lassen. Die NIEO bietet einige Inspirationen, um neue progressive Ansätze zu entwickeln. Beispielsweise kann thematisiert werden, inwiefern Wirtschaftswachstum als politisches Ziel noch zeitgemäß ist. Angesichts planetarer Grenzen, der tiefen Krise des kapitalistischen Systems sowie sich verändernder Machtkonstellationen infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine

könnte das Momentum für einen neuen, stärkeren und demokratischeren Multilateralismus gegeben sein.

Anhang: Progressive VN-Sonderorganisationen

Abschließend findet sich eine kurze Übersicht, die sich auf die Sonderorganisationen der VN bezieht. Die nicht zu unterschätzende Arbeit der Sonderorganisationen bildet in vielfältiger Hinsicht die Grundlage für die Funktionsfähigkeit unseres Zusammenlebens. Laut VN-Charta sollten sie «solutions of international economic, social, health, and related problems; and international cultural and educational cooperation» (UN 1945: Art. 55b) erarbeiten und fördern. Im Sinne dieser Studie ist von Relevanz, welche der 17 Sonderorganisationen Potential für die Etablierung progressiver Normsetzungen und Politiken geboten haben und darauf aufbauend bieten könnten. Die Organisationen, die im Bereich der Handels- und Finanzpolitik agieren, können als wenig progressiv eingeschätzt werden. Andere Sonderorganisationen ermöglichen etwa durch Mitwirkungschancen von NGOs größere Möglichkeiten für Akteure des Globalen Südens, progressive Politiken institutionell voranzutreiben. Die Überwindung kolonialer Vorstellungen wurde wesentlich durch VN-Sonderorganisationen vorangetrieben (Pabst 2015: 208ff.). Die folgende Tabelle veranschaulicht knapp diejenigen Sonderorganisationen, die durch ihre Zielsetzungen, Zusammensetzungen, Einflussmöglichkeiten und Handlungen am ehesten als progressiv einzuschätzen sind.

	ILO International Labour Organization	UNESCO United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization	UNIDO United Nations Industrial Development Organization
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen • Keine Zwangsarbeit, Pflichtarbeit, Kinderarbeit • Vereinigungsfreiheit und recht • Entgeltgleichheit männlicher und weiblicher Arbeitskräfte 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Erziehung, Wissenschaft und Kultur sowie Kommunikation und Information • Stärkung der Achtung vor Recht, Gerechtigkeit, Menschenrechten und Grundfreiheiten aller Völker der Welt 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung industrieller Entwicklung in «Entwicklungsländern und Reformstaaten» • Investitions- und Technologietransfer • Förderung Zusammenarbeit auf globaler, regionaler und nationaler Ebene sowie in Fachbereichen
Zusammensetzung und Einfluss Zivilgesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> • 187 Mitgliedsstaaten. • Die zwei wichtigsten Organe sind mit einzigartiges Strukturprinzip der Dreigliedrigkeit besetzt: Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in 2:1:1-Verhältnis («multi-stakeholder system») 	<ul style="list-style-type: none"> • 193 Mitgliedsstaaten. • Generalkonferenz: „Ein Staat – eine Stimme“ • Einzigartiges institutionelles Merkmal: Einrichtung von UNESCO-Nationalkommissionen als Bindeglied zwischen UNESCO und nationalstaatlichen, privaten und zivilen Institutionen • Institutionelle Zusammenarbeit mit NGOs 	<ul style="list-style-type: none"> • 171 Mitgliedsstaaten. • Generalkonferenz: «Ein Staat – eine Stimme» • Aufteilung in vier geographische Gruppen. • Wissenstransfer auf Veranstaltungen durch Beteiligung von Zivilgesellschaft • Verschiedene Formen der institutionellen Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft (135 Organ. mit Konsultativstatus)
Diverses	<ul style="list-style-type: none"> • 1969 progressives Weltbeschäftigungsprogramm: Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt → Einfluss auf Forschung, Politik, Ideen • 1999 Ratifizierung des Verbots von Kinderarbeit durch alle Mitgliedsstaaten • Global Compact als wegweisend 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung kultureller Diversität • UNESCO als intellektuelle Schmiede: und Forum für progressive Normsetzungen (Bsp.: Argumentation der Unsinnigkeit von Rassismus in den 1950er Jahren) • 1974 Resolution 12.11 Ausrichtung der Aktivitäten der UNESCO an Prinzipien der NIEO • 1973-1978 Ausarbeitung Weltinformationsordnung • 1977 Konzept der Solidaritätsrechte durch Direktor der UNESCO-Abteilung für Menschenrechte und Frieden, Karel Vasak 	<ul style="list-style-type: none"> • SDG 9 Accelerator Platform für Ausbau Süd-Süd-Kooperationen

Quellen- und Literaturverzeichnis

Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektivenglobalisierungskritischer Strategien, Hamburg.

Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Christian, Michel (2020): Der Nord-Süd-Konflikt und die „neue internationale Arbeitsteilung“ in den 1970er Jahren: UNIDO, UNCTAD und die Vorgeschichte unserer „Globalisierung“. In: Dinkel, Jürgen / Fiebrig, Steffen / Reichherzer, Frank (Hrsg.): Nord/Süd - Perspektiven auf eine globale Konstellation, Berlin. S. 171–194.

Dietrich, Christopher R.W. (2017): Oil Revolution. Anticolonial Elites, Sovereign Rights, and the Economic Culture of Decolonization, Cambridge.

Dinkel, Jürgen (2015): Die Bewegung Bündnisfreier Staaten: Genese, Organisation und Politik 1927–1992. Studien zur Internationalen Geschichte 37, Berlin, München, Boston.

Fiebrig, Steffen (2020): Unequal exchange? Post-koloniale Wirtschaftsordnung, Handelsliberalisierung und die UNCTAD. In: Dinkel, Jürgen / Fiebrig, Steffen / Reichherzer, Frank (Hrsg.): Nord/Süd - Perspektiven auf eine globale Konstellation, Berlin. S. 135–170.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg.

Homberg, Michael (2020): Von Sendern und Empfängern: Der Nord-Süd-Dialog und die Debatte um eine Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung. In: Dinkel, Jürgen / Fiebrig, Steffen / Reichherzer, Frank (Hrsg.): Nord/Süd - Perspektiven auf eine globale Konstellation, Berlin. S. 263–298.

Horn, Albrecht (2007): Vereinte Nationen – Akteure und Entscheidungsprozesse, Berlin.

IPBES (2019): Summary for Policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Díaz, Sandra / Settele,

Josef / Brondízio, Eduardo / Ngo, Hien T. / Guèze, Maximilian / Agard, John et. al (Hrsg.), Bonn. URL: https://ipbes.net/sites/default/files/inline/files/ipbes_global_assessment_report_summary_for_policymakers.pdf

Jäger, Michael (2010): Machtblock und Parteien bei Poulantzas. In: Demirović, Alex / Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat (Hrsg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden-Baden. S. 241–258.

Jensen, Steven L.B. (2016): The Making of International Human Rights. The 1960s, Decolonization and the Reconstruction of Global Values, Cambridge.

Klose, Fabian (2009): Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisierungskriege in Kenia und Algerien 1945–1962, München.

Krepp, Stella (2020): Weder Norden noch Süden: Lateinamerika, Entwicklungsdebatten und die „Dekolonisierungskluft“, 1948–1973. In: Dinkel, Jürgen / Fiebrig, Steffen / Reichherzer, Frank (Hrsg.): Nord/Süd - Perspektiven auf eine globale Konstellation, Berlin. S. 109–134.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin.

Normand, Roger / Zaidi, Sarah (2008): Human Rights at the UN. The Political History of Universal Justice, Indiana.

Oxfam (2022): Inequality kills. The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19, URL: <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621341/bp-inequality-kills-170122-en.pdf>

Pabst, Martin (2015): Die UN und die Entkolonialisierung (I). Vom politischen Prinzip zum zwingenden Völkerrechtsgrundsatz. In: Vereinte Nationen Heft 5/2015. S. 207–213, URL: <https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/artikel/die-un-und-die-entkolonialisierung-i>

Plath, Christoph (2018): Kéba M'Bayes Arbeitspapier über das Recht auf Entwicklung (1977). In: Quellenzur Geschichte der Menschenrechte. Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert (Hrsg.), URL: <https://www.geschichte-menschenrechte.de/schluesstexte/recht-auf-entwicklung?type=98765>

Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, Hamburg.

Rehling, Andrea (2020): Global Commons: Die Figur des „gemeinsamen Erbes der Menschheit“ in den Nord-Süd-Beziehungen. In: Dinkel, Jürgen / Fiebrig, Steffen / Reichherzer, Frank (Hrsg.): Nord/Süd - Perspektiven auf eine globale Konstellation, Berlin. S. 379–404.

Ridder, Peter (2015): Die Menschenrechtspakte. In: Quellen zur Geschichte der Menschenrechte. Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert (Hrsg.), URL: <https://www.geschichte-menschenrechte.de/schluesstexte/die-menschenrechtspakte?type=98765>

Sackel, Johanna (2020): Solidarität vs. Ressourcensouveränität? Die dritte Seerechtskonferenz als Herausforderung für die Süd-Süd-Beziehungen. In: Dinkel, Jürgen / Fiebrig, Steffen / Reichherzer, Frank (Hrsg.): Nord/Süd - Perspektiven auf eine globale Konstellation, Berlin. S. 405–421.

Tomuschat, Christian (2008): International Covenant on Civil and Political Rights, URL: https://legal.un.org/avl/pdf/ha/iccpr/iccpr_e.pdf

United Nations (1945): Charter of the United Nations, Artikel 55, URL: <https://legal.un.org/reperatory/art55.shtml>

UNRISD (2022): UNRISD Flagship Report 2022 Overview. Crises of Inequality. Shifting Power for a New Eco-Social Contract, URL: <https://cdn.unrisd.org/assets/library/reports/2022/overview-unrisd-flagship-report-2022.pdf>

Volger, Helmut (2007): Die Reform der Vereinten Nationen. In: Volger, Helmut (Hrsg.): Grundlagen und Strukturen der Vereinten Nationen, München.

Welthungerhilfe (2022): Hunger: Verbreitung, Ursachen & Folgen, URL: <https://www.welthungerhilfe.de/hunger/>

Paul Stockdreher, wohnhaft in Wien, ist Absolvent des Masterstudiengangs Internationale Entwicklung und analysiert globale Zusammenhänge aus kritischer Perspektive. Sein umfassendes Wissen über globale Ungleichheiten und die Gestaltung von Transformationsprozessen wurde in seiner Forschungsarbeit über DIE LINKE und ihr Potential für sozial-ökologische Transformationen angewendet und vertieft.

